PB.Z-01-266-5

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	OV Brüssel
Beschlussdatum:	13.04.2021

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Nach Zeile 266 einfügen:

Antiasiatischen Rassismus entschieden entgegentreten

Die Corona-Krise hat ein Erstarken antiasiatischer Narrative und verschwörungsideologischer Erzählungen zum Vorschein gebracht: Menschen asiatischer Herkunft berichten von zunehmenden Rassismuserfahrungen seit dem Beginn der Pandemie. Wir setzen uns dafür ein, Menschen asiatischer Herkunft im Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus als Gruppe, die von Rassismus betroffen ist, anzuerkennen. Antiasiatischen Rassismus treten wir entschlossen durch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisationen, Empowermentarbeit und Präventiv-, Schutz- und Beratungsmaßnahmen entgegen. Eine systematische Dokumentation von Vorfällen und die Durchführung von Studien zu antiasiatischem Rassismus sind zudem notwendig, um das Phänomen zu erfassen sowie Maßnahmen nachhaltig zu gestalten, und diese konsequent zu evaluieren.

Begründung

Der vorgeschlagene Zusatz zum Wahlprogramm dient als Begründung zugleich. Wir begrüßen, dass Jüd*innen, Muslim*innen und Sinti*zze und Rom*nja als Minderheiten aufgeführt werden, um diese anzuerkennen und zu stärken. Der Vollständigkeit halber sollte die langjährige Forderung der asiatischstämmigen Minderheit Deutschlands, die sich seit dem Ausbruch der Coronopandemie vermehrt Rassismus ausgesetzt sieht, erhört werden und diese als von Rassismus betroffene Gruppe anerkannt werden.

Angesichts aktueller Ereignisse sollten wir nicht auf diesem Auge blind sein und der asiatischen Community unsere Unterstützung und Solidarität bekunden.

Marginalisierte Gruppen vernetzen sich zunehmend gegenseitig und begrüßen die Anerkennung, um gemeinsam effektiver gegen Rassismus aus einer Betroffenenperspektive angehen zu können und gehört zu werden.